

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: Voraussetzungen für ein systematisches Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen schaffen – Analyse der Ausgangssituation umfassend betreiben

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht:

- I. dem Landtag einen umfassenden Bericht zu den der Staatsregierung vorliegenden Erkenntnissen über die Ursachen des immens hohen Krankenstandes in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen, insbesondere im Bereich der Sächsischen Polizei, der Justiz insbesondere des Justizvollzuges und der Berufsfeuerwehr bis zum 31. März 2017 vorzulegen, in dem des Weiteren insbesondere dargelegt werden soll:
 1. welche geeigneten Maßnahmen die Staatsregierung zur Analyse der zum andauernd hohen Krankenstand beitragenden Ursachen in den Dienst- und Arbeitsbedingungen der Beamtinnen und Beamten sowie Beschäftigten im öffentlichen Dienst und zur Ableitung entsprechender Schlussfolgerungen eingeleitet hat und welche Erkenntnisse hieraus bisher vorliegen;
 2. welchen Realisierungsstand das Ende April 2016 gestartete Projekt „Ein nachhaltig wirksames Betriebliches Gesundheitsmanagement in sächsischen Justizvollzugsanstalten“ unter Leitung von Herrn Dr. Berger, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, erreicht hat und ob es vergleichbare Studienprojekte zur Evaluation der Lage des Gesundheitsmanagements für Beamtinnen und Beamte sowie Beschäftigte im öffentlichen Dienst auch in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes im Freistaat Sachsen, wie z. B. der Sächsischen Polizei und der Berufsfeuerwehren gibt oder geplant sind.
 3. welche Erkenntnisse und Erfahrungen aus anderen Bundesländern zu vergleichbaren Studienprojekten zur Evaluation des Gesundheitsmanagements in Bereichen des öffentlichen Dienstes vorliegen und welche Schlussfolgerungen daraus abgeleitet wurden.
 - II. dem Landtag das Ergebnis des Projektes „Ein nachhaltig wirksames Betriebliches Gesundheitsmanagement in sächsischen Justizvollzugsanstalten“ sowie die Ergebnisse von Untersuchungen und Studien in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes des Freistaates Dresden, den 23. November 2016
- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

Sachsen zu Fragen des betrieblichen Gesundheitsmanagements zeitnah und entsprechende Schlussfolgerungen daraus vorzustellen.

Begründung:

Grundlegende Veränderungen der beruflichen Rahmenbedingungen im Bereich des öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen – wie dramatischer Personalabbau, Zunahme der Aufgaben mit damit einhergehender fundamentaler Überforderung, Mehrarbeits- bzw. Überstundenhäufung, Arbeitszeitverdichtung, gestiegenen fachlichen Anforderungen und einer zunehmender Alterung des Personalkörpers – haben einen dramatischen negativen Entwicklungsprozess in Gang gesetzt.

Dieser Entwicklungsprozess stellt ohne Zweifel erhebliche Anforderungen an Motivation, Leistungsfähigkeit, Flexibilität und Innovationsfähigkeit der Bediensteten und Angestellten.

Dem gegenüber steht ein Gesundheitsmanagement, welches nicht im Ansatz geeignet ist, Leistungsfähigkeit, Arbeitsfreude, Flexibilität und Innovationskraft der Bediensteten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen zu erhalten.

Betriebliche Gesundheitsförderungen zeigen erst dann nachhaltig Wirkung, wenn sie in einen kontinuierlichen Prozess ganzheitlicher Personal- und Organisationsentwicklung eingebunden sind und wenn alle Beteiligten konstruktiv zusammenarbeiten.

Betriebliches Gesundheitsmanagement bezieht sich gleichermaßen auf die Abläufe in den jeweiligen Dienststellen als auch auf das Verhalten der im Dienstprozess befindlichen Bediensteten und Angestellten.

Die Einführung eines systematischen Gesundheitsmanagements erfordert unter anderem eine gründliche Analyse der Ausgangssituation und das Erkennen und Herausarbeiten von entsprechenden Handlungsfeldern, bevor entsprechende Maßnahmen entwickelt, geplant und umgesetzt werden können. Des Weiteren setzt die Einführung eines systematischen Gesundheitsmanagements eine auskömmliche finanzielle Ausstattung voraus.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE ist es daher, ausgehend von der jetzigen Situation erforderlich, in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes des Freistaates Sachsen die Analyse der Ausgangssituation und das Erkennen von Handlungsfeldern für ein systematisches Gesundheitsmanagement voranzutreiben. Darauf zielt der vorliegende Antrag.